

Berliner Tageblatt
Erstausgabe: 1861. Sonntag: 1861. Man abonniert bei allen
Verlegern...



Monuments-Preis
Für das Berliner Tageblatt u. „Sonntagsausgabe“...

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung.

Nr. 3
37. Jahrgang

Freitag
3. Januar 1908

Hierzu die Wochen-Bilage
„ULK“ No. 1.

Die innere Politik
des Jahres 1907.

Von
Karl Schrader,
Mitglied des Reichstages.

Das Jahr 1907 begann mit einer großen Sensation. Der Reichstag war vierzig Tage vorher unter Umständen aufgelöst, welche eine völlige Wendung der bisherigen Politik in Aussicht stellten. Eine Mehrheit von Zentrum, Polen und Sozialdemokraten sollte unmöglich gemacht werden...

Allgemein wurde erwartet, daß die Politik nun mehr als bisher im liberalen Sinne geführt werden sollte. Die drei freisinnigen Gruppen hatten sich schon vor der Auflösung miteinander verständigt; zu den Wahlen hatten sie sich geeinigt, bei dem Zusammentritt des Reichstages sich zu einer Fraktionsgemeinschaft zu verbinden.

Das Arbeiten mit dieser Mehrheit mußte für den Reichstagskanzler schwer sein, sobald er sich nicht auf die Erzielung solcher Dinge beschränkte, die nicht erheblich die Parteigegensätze berührten. Das ist in dem ersten Teile der Tagung des Reichstages geschehen. Es hat viele Wortkämpfe gegeben.

Der Reichstagskanzler hatte ein Vereinigenseh, eine Novelle zum Vorlesegesetz, Beschleunigung der Zustimmungen, Fortschaffung der Sozialgesetzgebung in Aussicht gestellt. Aber ehe die Vorlagen eingebracht wurden, vertagte sich der Reichstag. Die grundmäßig schon beschlossene und durch Bewilligung einmaliger Zulage vorbereitete allgemeine Regelung der Beamtenbesoldungen blieb auch dem zweiten Teile der Session überlassen.

Verlangt wurden namentlich eine einheitliche Politik für das Reich und Preußen in einem einigermassen liberalen Sinne und eine entsprechende Wendung des preussischen Ministeriums; besonders scharf wurde von den Nationalliberalen die Beilegung des Kultusstreits gefordert, in welchem man eine Hauptfrage der liberalen und orthodoxen Politik sah. Außerdem auch Erzielung des preussischen Wahlrechts zum Abgeordnetenwahlrecht durch das Reichswahlrecht, oder doch — womit viele Nationalliberale sich begnügen wollten — eine Beilegung seiner konstitutionellen Fehler. Nach langem Warten traten einige Veränderungen im preussischen Ministerium ein; es wurde durch einen politisch bisher unbekanntem Herrn Balle ersetzt, der bisherige Minister des Inneren v. Bethmann-Hollweg wurde an Stelle des Grafen v. Posadowski Staatssekretär des Inneren und

blieb als Vizepräsident im Ministerium. Warum Graf v. Posadowski gehen mußte, von dem man die beste Förderung der sozialpolitischen Gesetze erwartete, war allen — auch dem Reichstagen — auf demselben — ein Rätsel. Minister des Inneren wurde der Abgeordnete v. Helldorf. Das der Reichswahlrecht auch einen Gehemwandel in Preußen bedeutete, ist bisher nicht zutage getreten. Ein neuer preussischer Minister tritt ja in sein Amt nicht mit einem Programm ein; er kennt meist sein Ressort gar nicht, und so steht es mit Herrn Helldorf.

Im Laufe des Sommers fanden viele Besprechungen zwischen dem Reichskanzler, Staatssekretären, Ministern und Parlamentariern statt, durch die aber das nicht erreicht ist, was das Nötigste gewesen wäre, nämlich die Feststellung eines klaren, der konservativ-liberalen Paarung entsprechenden Kurzes für das einige Zusammengehen der drei Gruppen der Mehrheit. So blieb es bei einer Verhängung von Fall zu Fall, die oft Schwierigkeiten bieten mußte.

War das schon keine angenehme Aussicht für die bevorstehende Beschließung des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenwahlrechts, so wurde die Lage noch verwickelter durch die schlechte Finanzlage. Der Etat des Reiches brachte große Mehrausgaben, die durch die bisherigen Steuern nicht gedeckt werden konnten; ohne neue Steuern ging es nicht. Diese Erschwerung der Lage hätte man gern vermieden, und leider hatte man sich in der Hoffnung, daß dies möglich sein werde, zu spät die Sache klar gemacht, so daß bei Einbringung des Etats noch ein unangenehmer Plan vorzutragen wurde, und nun lange Zeit gemühsam ins Meer diskutiert werden mußte.

Eine zweite Schwierigkeit lag in der preussischen Außenpolitik, die im Abgeordnetenwahl eine neue große Verhängung für Ansehenszwecke mit Hinzuflügen des „Sprachenabsatzes“ für die Ansehenszwecke, im Abgeordnetenwahl eine Bestimmung brachte, welche die Rechte der Sprachen in öffentlichen Versammlungen verbindlich machte. Weides war ausschließlich als ein Kampfmittel gegen die Polen gedacht.

Von den Vorlagen, welche neu eingebracht wurden, erweckte diejenige über Veränderung des Zivilprozesses die größte Aufmerksamkeit. Das Verlesensgesetz brachte freilich großen Nutzen, die notwendigen Staaten nicht unerhebliche Verbesserungen, für die süddeutschen Staaten große Verbesserungen. Die Novelle zum Wörsegesetz beseitigte manche schwere Mängel desselben und fand deshalb auf liberaler Seite freundschaftliche Aufnahme, auf konservativer Seite aber auch starken Widerspruch.

Freudlich war nur, daß der neue Staatssekretär des Inneren eine kräftige Fortsetzung der Sozialpolitik in Aussicht stellte.

Unter diesen Umständen war es erklärlich, daß die Verhandlungen des Reichstages kein angenehmes Bild boten. Trotz des guten Willens der Mehrheitsparteien, einig zu sein, traten doch sichtlich sehr große Differenzen zwischen ihnen und mit der Regierung mehrfach hervor, insbesondere in der Zeit, in welcher von liberaler Seite der Entwurf eines Nationalliberalen als auch von freisinniger, war die bestimmte Forderung aufgestellt, daß nicht bloß durch indirekte Steuern, sondern auch durch Heranziehung einer direkten Steuer auf Erbschaften, Vermögen oder Einkommen die zutage getretenen neuen Bedürfnisse gedeckt werden müßten. Die verbundenen Regierung und die Konservativen lehnten das Zweite in großer Bestimmtheit ab. Die erste Lesung des Etats brachte scharfe Angriffe von konservativer Seite gegen die Karte, die natürlich eine entsprechende Erwiderung fanden, und zu allgemeinem Entsetzen machte ein national-liberaler Abgeordneter mit Zustimmung seiner Partei einen heftigen Angriff gegen den Reichsminister. Der Reichstagskanzler sah in diesen Vorgängen eine solche Gefährdung seiner auf das Zusammengehen mit der konservativ-liberalen Mehrheit gegründeten Politik, daß er in einer Konferenz mit den Parteiführern eine öffentliche Erklärung verlangte, daß sie seine Politik weiter unterstützen würden. Die Erklärung wurde in der Sitzung vom 5. Dezember ohne Bedenken abgegeben, denn alle beteiligten Parteien hatten gar nicht die Absicht, der Politik des Reichstagskanzlers Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Aber durch solche allgemeinen Erklärungen waren die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigt, besonders in der Finanzfrage.

* Zu der schon wiederholt erwähnten Konferenz der sächsischen Finanzminister in Stuttgart fanden sich ein Privat-Telegramm aus München, daß es sich dabei um die künftige Gestaltung der Finanzverwaltung gehandelt habe, da, wie bekannt Bayern, Württemberg und Baden in der Beamtenversicherung Reformrechte haben und deshalb an der künftigen Gestaltung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet gleichmäßig interessiert sind. Daraus ergibt sich, daß die Reichsregierung noch immer an dem Brantweinmonopol als dem eigentlichen Resultat der neuen Finanzreformprojekte festhält. Das schließt allerdings nicht aus, daß bei der Konferenz in Stuttgart auch andere Steuerprojekte, wie die Sondersteuer auf Jagaren, die Aushebung der Reichssteuer, die Steuer, die Weidener, und schließlich auch die „Berechlung“ der Matrinalerbschaften erörtert worden sind. An dessen meidet uns ein

fremdes Telegramm aus Stuttgart, daß in der Konferenz bindende Beschlüsse nicht gefaßt worden sind.

* Der „Nordd. Allg. Sig.“ zufolge ist der bisherige kaiserliche Generalkonsul in Rastatt, Legationsrat Graf v. Eichel-Wolfersbach, zum Unterstaatssekretär im künftigen Amt freigegebenen Posten des kaiserlichen Gesandten in Teheran in Aussicht genommen. Der neue Gesandte wird in aller nächster Zeit auf seinen neuen Posten abgehen. — Die Nachricht bedeutet insofern eine Ueberraschung, als in diplomatischen Kreisen bisher als erster Anwärter auf den Posten in Teheran der Gesandte in Zanzibar, Dr. v. Rosen, genannt worden war. Graf Eichel-Wolfersbach ist 44. Lebensjahre alt, hat außer, ehe er als Nachfolger des Freiherrn Graf v. Sternburg nach Rastatt ging, der deutschen Botschaft in Washington als Botschaftsrat angehört.

Die Inder in Transvaal.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Frage der Ausweisung der Inder aus Transvaal, die sich nicht nur um Erlangung der Aufenthaltserlaubnis der Bedingung des „Fingerabdruckes“ lösen wollen, hängt an hier die innere Politik zu beeinflussen. Gegen hundert Parlamentarier, glieber, Biverale und Arbeiterparteier sollen gegen die von der britischen liberalen Regierung funktionierende Maßregel Stellung genommen haben und beschließen, bei der Beantwortung der Frage eine bestmögliche Unterstützung einzubringen. Es erhebt natürlich die Frage, ob die britische Regierung eine Maßnahme funktionierte, die britischen Unterthanen den Aufenthalt in britischen Besitzungen verbietet; die Maßnahme wird aber dadurch erstärkt, daß die Inder wegen der Abweisung die sie hauptsächlich in Transvaal treiben, Jameson'sche Inder in sein.

Finlands Kümernisse.

J. S. Björnkens Björnkens, der leidenschaftliche Anwalt aller Unterdrückten, hat seine Stimme für die Finnen erhoben. Er macht Europa, er macht Europa, er macht Europa zuzuwenden, daß so lange und so kurzbar unter der russischen Gewaltpolitik gelitten. Denn die Freiheit und das eigene Recht, deren es sich erst seit zwei Jahren wieder erfreut, seien aufs neue schwerer Gefährdung ausgesetzt.

Dumpe Schwille lagert wieder über dem Lande der tausend Seen. Ein banges Gefühl lömenden Unheils bedrückt die drei Millionen Bewohner des Großfürstentums von den eleganten Straßen von Sankt Petersburg bis zu den Blockhäusern am Weißen Meer, in denen die schwerwiegenden Gefänge der unwilligen Volksbildung erlingen. Der Zar hat vor wenigen Wochen das erledigte Amt des Gehilfen, der dem Generalgouverneur von Finnland beigegeben ist, mit General Senn, dem bisherigen Gouverneur von Grobno, befehligt. Seither wächst die Unruhe im Lande von Tag zu Tag. Die Finnen haben wieder, wie früher, die Freiheit und den Beinen der „Sturmvoegel“ gegeben. Sein Erscheinen ist ihnen die Vorbedeutung eines Annetters, von dem sie fürchten, daß es mit Sturmesgewalt die neu-gewonnenen Einrichtungen der Freiheit und Selbständigkeit hinwegjage. Sie machen sich auf eine neue Vera Robitow gefaßt; denn Senn ist die rechte Hand dieses gefährlichen Unterdrückers gemeint. Er hat während dessen ganzer Amtszeit die Kanäle des Generalgouverneurs geleitet und die Stelle auch noch versehen, nachdem am 16. Juni 1904 Bobrifow von der Hand Schamannis, des Patrioten, der sich selbst dem Vaterland zum Opfer brachte, gefallen war. Erst in der neuen, durch das Manifest vom 4. November eingeleiteten Zeit war sein Platz mehr für ihn in Finnland.

Und nun ist er plötzlich wiedergekommen, und mit ihm sind russische Soldaten gekommen, dreißig Wagen Truppen sind mit allen Waffenausstattungen, wie es heißt, um dem Schmuggel zu wehren und das Ueberhören der Grenze durch russische Revolutionäre zu verhindern. Aber immer bestimmter treten die Nachrichten auf, daß in kurzer Zeit ein ganzes Armeekorps, formell zu Unbegünstigten, nach Finnland geschickt werden sollte. Obgleich aus der verlässlichen Offizieren und Mannschaften östlicher Regimenter zusammengekehrt werden, solcher, die in der Behandlung von Beobachtungen, die gegenüber dem Willen des Selbstherrschers und seiner Beamten auf Rechte vordringen, praktisch geht. Man will in dieser Vorbereitung der militärischen Beilegung des Landes die Antwort auf die Volksbewegungen erblicken, die im Laufe des Dezember in vielen Städten abgehalten worden sind, um gegen die Ernennung des neuen Gouverneurs zu protestieren. Hatte doch die in einer Versammlung in Helsinki gefasste allgemeine Resolution deutlich genug ausgesprochen, was das Herz des Volkes bedrückt. Die Versammlung, heißt es darin, „sieht in dieser Ernennung den Anfang eines neuen Kampfes um die Verfassung und um das Recht, das diese Ernennung das Vertrauen, das zwischen dem Reich und dem Volk besteht, ins Wasser bringen muß. General Senn, der Rechte, begriffe vertritt, die uns fremd sind, hat sich namentlich da